

# Ein „Obersternsinger“ gerät ins Zwielicht

Das Erzbistum Köln und der Fall P.: Information an andere Bistümer und Institutionen erfolgte erst spät

VON RAIMUND NEUSS

**Köln.** Sein Lied „Laudato si“ ist aus keinem Jugendgottesdienst wegzudenken. Beim Requiem für den Liedautor zogen kleine Könige am 9. März 2019 in die Kirche von Leutersdorf in Sachsen ein, denn das Kindermissonswork „Die Sternsinger“ in Aachen hatte Pfarrer P. ein Jahrzehnt lang, von 2000 bis 2010, geleitet. Dreieinhalb Jahre später äußert sich das Missionswerk „fassungslos, traurig und wütend zugleich“. Das Erzbistum Köln, in dem P. 1966 zum Priester geweiht worden war und lange auch in der Jugendseelsorge gearbeitet hat, hat mögliche Betroffene, die von P. sexualisierte Gewalt erfahren haben könnten, aufgerufen sich zu melden.

Warum jetzt? Und warum erst jetzt? Bereits von 2012 bis 2014 war in Köln gegen P. ermittelt worden, ganz korrekt mit Meldung an die Glaubenskongregation. Am Ende, 2014, kurz vor seiner Emeritierung, erteilte Erzbischof Joachim Kardinal Meisner P. einen Verweis, erlegte ihm eine Geldstrafe auf und verbot ihm den Kontakt mit Minderjährigen ohne Anwesenheit weiterer Erwachsener. Damals ging es um einen Fall aus den frühen 1970er Jahren (wir berichteten), bei dem unklar blieb, ob der Betroffene zum Tatzeitpunkt noch



Seine große Zeit: Pfarrer P. mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Sternsinger-Empfang im Jahr 2010.

Foto: dpa

minderjährig war. In jedem Fall stand er als Sekretär in einem Abhängigkeitsverhältnis zu P. – Anlass genug für eine Sanktion.

Nur: Das für P.s Ruhestandsitz in Leutersdorf zuständige Bistum Dresden-Meissen erhielt nach eigenen Angaben erst im Juni 2022 Kenntnis von dem Verfahren. Die „Sternsinger“ wurden im September 2021 intern

informiert, das Bistum Aachen und der Kölner Diözesanverband des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), dessen Präsident P. von 1972 bis 1978 war, wiederum erst im Juni 2022.

P. stammte aus dem Sudetenland, Leutersdorf lag nahe seiner Heimat. Er nahm laut Bistum Dresden-Meissen „sowohl im be-

nachbarten Bistum Leitmeritz (Tschechien) als auch an seinem Wohnort Leutersdorf noch Vertretungsdienste wahr“. Warum die Kollegen an der Elbe nicht über die Auflage für P. informiert wurden, kann das Erzbistum Köln nicht erklären.

Wie sehr der Fall P. danach auch in Köln in den Hintergrund trat, zeigt der Nachruf, in dem

sucht das Erzbistum vorsichtshalber nach weiteren möglichen Betroffenen. Die „Sternsinger“ erklären, sie hätten darauf gedrungen.

Irritiert über die Informationspolitik des Erzbistums zeigt sich Volker Andres, einer der Kölner BDKJ-Diözesanvorsitzenden. „Der Fall aus den 1970er Jahren liegt ja in der Zeit, in der er bei uns Diözesanpräses war“, sagt Andres. Der BDKJ will jetzt alle Unterlagen, die er über P.s Tätigkeit hat, durcharbeiten. Nach Andres' Angaben sind die im Zuge der Missbrauch-Aufarbeitung beim Erzbistum nie gesichtet worden – obwohl der Fall P. ja im Gercke-Gutachten als Aktenvorgang 148 erwähnt ist. „Es wurde uns aber versichert, dass die Vorwürfe nichts mit seiner Tätigkeit beim BDKJ zu tun hätten“, sagt Andres. Abgesehen davon müsse man sich damit beschäftigen, wie man mit „Laudato si“ und anderen Liedern von P. umgehe. „Können wir sie einfach weiter singen? Oder müssen wir zumindest bei solchen Liedern etwas anmerken?“ Diese Debatte steht jetzt an.

Und was wird aus dem von P. einst wiederbelebten „Altenberger Licht“? Dafür ist nicht der BDKJ zuständig, sondern ein eigener Initiativkreis. Er hat bisher nicht auf eine Rundschau-Anfrage reagiert.

## Greift die Schuldenbremse?

Finanzminister Lindner stellt Bundeshaushalt 2023 vor  
Auch Griff in Rücklagen soll Neuverschuldung drücken

VON RENA LEHMANN



Greift Lindners Planung an: CDU-Haushälter Mathias Middelberg.

**Berlin.** Nach drei Ausnahmejahren wegen der Corona-Pandemie will Finanzminister Christian Lindner (FDP) im kommenden Jahr die Schuldenbremse wieder einhalten. Dazu soll haushaltspolitisch stark auf die „Bremse“ getreten werden, wie aus Regierungskreisen zum Entwurf des Finanzministeriums für den Bundeshaushalt 2023 verlautete. Lindner selbst sagte: „Der Staat muss aus den Schulden raus, denn auch das treibt die Inflation.“

Auch um die Schuldenbremse einhalten zu können, will der Bund die milliardenschwere Rücklage stärker als bisher geplant einsetzen, insgesamt geht es um einen Betrag von 40 Milliarden Euro. In der Rücklage liegen rund 48,2 Milliarden Euro. Daneben helfen dem Bund steigende Steuereinnahmen. Um Personalausgaben zu sparen, soll es in den Ressorts eine pauschale Stelleneinsparung von 1,5 Prozent geben, ausgenommen davon sind Stellen etwa bei der Bundespolizei.

### Weiterhin zusätzliche Wünsche aus den Ministerien

Das Kabinett soll dem Entwurf Lindners heute zustimmen. Noch immer hätten Ressortchefs zusätzliche Ausgabenwünsche, hieß es aus den Regierungskreisen. Die Spielräume im Haushalt seien aber viel enger geworden. Dazu kämen steigende Zinslasten des Bundes. Die Neuverschuldung soll nun 2023 laut Regierungsentwurf auf einen Wert von 17,2 Milliarden sinken – von 140 Milliarden Euro in diesem Jahr. Darin enthalten

Dazu kommt die Frage, in welchem Umfang es weitere Entlastungen für die Bürger geben soll wegen stark gestiegener Energie- und Lebensmittelkosten. Lindner will ein drittes Entlastungspaket erst im kommenden Jahr schnüren. „Neue Haushaltssittel stehen in diesem Jahr nicht mehr zur Verfügung“, sagte der FDP-Chef der „Wirtschaftswoche“. Vorhaben der Koalition wie eine Kindergrundsicherung oder eine Aktienrente sind außerdem im Etatentwurf noch nicht enthalten.

### Union: Planung ist schon jetzt unrealistisch

Scharfe Kritik kommt auch deshalb aus der Union. Fraktionsvize Mathias Middelberg (CDU) sagte unserer Redaktion: „Former hält Minister Lindner mit seinem Entwurf die Schuldenbremse ein. Tatsächlich ist die Planung schon jetzt unrealistisch. Die wirtschaftlichen Daten, auf denen sie basiert, sind bereits überholt. Dabei wird sich die Lage wegen des Ukraine-Kriegs und der Inflation absehbar weiter verschärfen.“

Middelberg sagte, der Entwurf lasse „jeglichen Ehrgeiz vermissen“. „Eine echte Überprüfung von Ausgaben, die die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich versprochen hatte, findet nicht statt.“ Nachhaltige Reformen seien nicht erkennbar. „Im Gegenteil: Finanzierungslücken, etwa im Bereich Gesundheit, werden auf die Versicherten abgewälzt. Sie sollen höhere Beiträge zahlen und die Krankenkassen sollen jetzt die Schulden machen, die Herr Lindner in seinem Haushalt vermeiden will.“ (mit dpa)